

Bremerhaven, 20.09.2023

<b>Mitteilung</b>		
zur Anfrage an den ASK der/des Stadtverordneten der Fraktion vom <b>Thema:</b>	<b>Sascha Schuster, Sandra Brinkmann</b> <b>Bündnis Deutschland</b> <b>05.09.2023</b> <b>Gewaltkriminalität gegenüber Lehrkräften</b>	
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>Ja</b>	Anzahl Anlagen:

**I. Die Anfrage lautet:**

In Deutschland ist die Gewaltkriminalität gegenüber Lehrkräften an und im Umfeld von Schulen in der Vergangenheit deutlich angestiegen. Die Corona Krise, die Digitalisierung und der Lehrermangel haben diese Missstände noch weiter verschärft. Die Formen der Gewalt sind vielfältig und können sowohl körperlicher als auch psychischer Natur sein. Zu den Tätern zählen oft die eigenen Schüler. Angriffe auf das Lehrpersonal sind nicht tolerierbar und müssen im Fokus der zuständigen Behörden stehen, um den Opfern beiseite zu stehen.

In diesem Zusammenhang fragen wir den Ausschussvorsitzenden:

1. Wie viele Gewalt- und Straftaten hat es in den Jahren 2020, 2021, 2022 und 2023 (Januar bis Juni) an und im Umfeld an Bremerhavener Schulen gegenüber Lehrerinnen und Lehrer gegeben?
2. Um welche Art von Gewalt- und Straftaten hat es sich jeweils gehandelt?
3. Welchen Nationalitäten gehörten die Täter an und wie verteilten sich die Taten?
4. Welche Schulen waren in Bremerhaven betroffen und wie verteilten sich die Fallzahlen auf die jeweiligen Einrichtungen?
5. Gibt es Erkenntnisse nach denen Lehrkräfte, auf Grund von körperlicher oder psychischer Gewalt, ihrem Beruf nicht mehr nachgehen können, also dauerhaft (seit mehr als 6 Wochen) krankgeschrieben oder ausgeschieden sind?
6. Welche Präventions- und Aufklärungsarbeit wird von den Schulen, dem Schulamt und anderen von der Stadt geförderten Initiatoren geleistet?

## II. Die obige Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Wie viele Gewalt- und Straftaten hat es in den Jahren 2020, 2021, 2022 und 2023 (Januar bis Juni) an und im Umfeld an Bremerhavener Schulen gegenüber Lehrerinnen und Lehrern gegeben?

Die Schulen sind angehalten, Meldungen über besondere Vorkommnisse anonymisiert an die Schulaufsicht zu übermitteln, worunter auch Gewalt gegenüber Lehrkräften gefasst wird. Im Rahmen dieser Meldungen werden je nach Fall ggf. auch Polizei/Feuerwehr, ReBUZ und/oder der ASD informiert. Im laufenden Jahr ist ein Fall, im Jahr 2022 sind drei Fälle von Gewalt/Bedrohung gegenüber Beschäftigten gemeldet worden zuzüglich des Attentats am Lloyd Gymnasium im Mai 2022.

2. Um welche Art von Gewalt- und Straftaten hat es sich jeweils gehandelt?

Bei den in Meldungen über besondere Vorkommnissen berichteten Gewalttaten hat sich um Bedrohungen und Gewaltausübung (Schlagen mit Gegenständen) gehandelt.

3. Welchen Nationalitäten gehörten die Täter an und wie verteilten sich die Taten?

Bei Meldungen der Schulen über besondere Vorkommnisse wird die Nationalität nicht erfasst.

4. Welche Schulen waren in Bremerhaven betroffen und wie verteilen sich die Fallzahlen auf die jeweiligen Einrichtungen?

Eine besondere Betroffenheit von bestimmten Schulen ist nicht festzustellen, zumal die Fallzahl der von Schulen gemeldeten Gewalttaten gegen Lehrkräfte derart gering ist.

5. Gibt es Erkenntnisse nach denen Lehrkräfte, auf Grund von körperlicher oder psychischer Gewalt, ihrem Beruf nicht mehr nachgehen können, also dauerhaft (seit mehr als 6 Wochen) krankgeschrieben oder ausgeschieden sind?

Aus der Statistik des Personalamtes gehen seit dem Meldejahr 2021 zwei Dienstunfälle im Bereich der Lehrkräfte hervor, die auf einem Angriff beruhen, mit der Folge einer mehr als sechswöchigen Krankenschreibung/Dienstunfähigkeit bzw. eines Ausscheidens aus dem Dienst.

6. Welche Präventions- und Aufklärungsarbeit wird von den Schulen, dem Schulamt und anderen von der Stadt geförderten Initiatoren geleistet?

Im schulischen Kontext existiert eine Vielzahl von unterschiedlichen Angeboten in den Bereichen Präventions- und Aufklärungsarbeit.

Regelhaft sind die Schulsozialarbeit und ReBUZ mit Präventions- und Aufklärungsarbeit befasst. Als integrative schulische Maßnahme werden Sozialkompetenztrainings und -projekte (z.B. Lions-Quest) angeboten. Zudem bietet die Abteilung SeFo Fortbildungen für nicht unterrichtendes Personal und für Lehrkräfte an. Beispielhaft sind hier die Ausbildung zur/zum Schulmediator/in sowie die Fortbildung „gewaltpräventiver Umgang mit Gruppen“ zu nennen.

Auch werden bspw. über den Präventionsrat und „Demokratie leben“ geförderte Projekte ins Leben gerufen. Institutionell ist das Schulamt als Mitglied in kommunal verantworteten Gremien (z.B. Präventionsketten II und III, Begleitausschuss „Demokratie leben“, Begleitausschuss Präventionsrat, Lebendige Quartiere, Stark im Sozialraum) vertreten. Darüber hinaus werden in sozialraumbezogenen Netzwerktreffen Bedarfe und Handlungsmöglichkeiten eruiert und ämterübergreifende Zusammenarbeit zur Analyse der Problemlagen und Verzahnung der Angebotsgestaltung fixiert.

Das ReBUZ leistet Einzelfallberatung und kollegiale Fallberatung zur Gewaltprävention und bei Gewaltvorfällen. Es bietet in diesem Zusammenhang Aufklärungsarbeit von Konfliktverhalten und frühzeitige Deeskalationsstrategien an sowie traumasensible Aufklärungsarbeit.

Bei besonderen Vorfällen, wie Gewalt gegen Lehrkräfte, bietet das ReBUZ Unterstützung durch ein Krisenteam an, auch zur Reflexion und zur Planung präventiver Maßnahmen.

ReBUZ bietet Schulen zur Persönlichkeits- und Klassenstärkung das Präventionsangebot „Eigenständig werden“ sowie präventive Planungshilfen gegen Mobbing u.a. mit dem Projekt „Gemeinsam Klasse sein“.

Im Rahmen der Arbeitsgruppe „Medien an Bremerhavener Schulen“ (MABS) unter Beteiligung von Medienzentrum, OPB, SeFo und ReBUZ gibt es ein Präventionsangebot gegen Cybermobbing für 6. Klassen in Zusammenarbeit mit Studierenden des Studiengangs Soziale Arbeit der hiesigen Hochschule.

Das ReBUZ beteiligt sich begleitend in den beiden ressortübergreifenden Landesgremien „Schule, Jugend, Justiz und Polizei im Rahmen des Programms Stopp der Jugendgewalt sowie am Kompetenzzentrum für Deradikalisierung und Extremismusprävention“ (Kodex), zu Absprachen bei Prävention, Gewaltvorfällen und Deradikalisierung.

Frost  
Stadtrat